

+++ PRESSEMITTEILUNG +++

Wohnungslosenbefragung: Zahlen sind Weckruf an den Senat Bekanntgabe der Befragungsergebnisse verstößt gegen Vereinbarung mit Wohlfahrtsverbänden

Hamburg, 25. Oktober 2018. Die vorab bekannt gewordenen Zahlen der Wohnungslosenbefragung belegen einen dramatischen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Hamburg seit 2009. So hat sich die Zahl der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen auf 1.910 Personen nahezu verdoppelt. Auch die Zahl der wohnungslosen, in öffentlich-rechtlicher Unterbringung lebenden Menschen hat zugenommen und liegt jetzt bei 4.464 Personen. Zusammen mit den wohnberechtigten Zuwanderern in den Unterkünften gibt es über 22.000 Menschen in Hamburg, die dringend eine Wohnung benötigen. Die Hamburger Wohlfahrtsverbände fordern deshalb ein konsequentes Handeln der Politik.

„Dieses Untersuchungsergebnis ist ein Weckruf an den Senat. Es ist offensichtlich, dass die Politik bislang viel zu zögerlich auf das Problem der Wohnungslosigkeit in unserer Stadt reagiert hat. Der Senat muss die Befragung zum Anlass nehmen, um endlich lösungsorientierte Antworten auf Wohnungslosigkeit und Straßenobdachlosigkeit zu entwickeln. Dazu gehört z. B. die Schaffung von mehr Wohnraum speziell für vordringlich Wohnungssuchende“, so Sandra Berkling von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW), dem Zusammenschluss der Hamburger Wohlfahrtsverbände.

Wie die Befragung zeigt, haben zwei Drittel der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Zahlen belegen auch, dass der mit Abstand wichtigste Grund für diese Gruppe, nach Hamburg zu kommen, die Suche nach Arbeit ist. Die Verbände weisen darauf hin, dass die kommunale Unterbringungsverpflichtung der Stadt unabhängig von Herkunft, Nationalität und sozialrechtlichen Ansprüchen besteht.

Sandra Berkling: „Dass die Zahl der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen so stark angestiegen ist, ist vor allem die Folge eines unzureichenden Sicherungs- und Unterbringungssystems. Die Zuwanderung selbst als Grund für den starken Anstieg der Straßenobdachlosigkeit anzuführen, wie es die Sozialbehörde gerade tut, ist deshalb zu kurz gedacht.“

Die Wohlfahrtsverbände üben zudem Kritik an der Vorab-Bekanntgabe zentraler Befragungsergebnisse. Die Sozialbehörde verletzt damit eine Vereinbarung mit den Wohlfahrtsverbänden, über die Ergebnisse Stillschweigen zu bewahren, bis der Untersuchungsbericht veröffentlicht wird. Die Verbände hatten die Umsetzung der Befragung in einer behördlichen Arbeitsgruppe mitbegleitet.

Bei Rückfragen:

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.

Sandra Berkling

Burchardstraße 19, 20095 Hamburg

Tel.: 040 / 23 68 65 57

sandra.berkling@agfw-hamburg.de

www.agfw-hamburg.de